

Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
 Auswärtiger Ausschuss
 Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 Ausschuss für Tourismus

Interfraktionell ist vereinbart, dass die Reden zu Protokoll gegeben werden. Es handelt sich um die Reden der Kollegen Ingbert Liebing von der Unionsfraktion, Franz Thönnies und Kurt Bodewig von der SPD-Fraktion, Markus Löning von der FDP-Fraktion, Lutz Heilmann von der Fraktion Die Linke und Rainer Steenblock von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.¹⁾

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/13171 mit dem Titel „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 41 b. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/12399 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 41 a und 41 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ingbert Liebing, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Kurt Bodewig, Franz Thönnies, Dr. h. c. Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Ostseestrategie voranbringen und unterstützen

– Drucksache 16/13171 –

- b) Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Ostseeparlamentarierkonferenz

17. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden

– Drucksache 16/12399 –

¹⁾ Anlage 17

(A) Jahreshälfte. Damit rückt die Ostseeregion in das Zentrum europäischer Politik. Nach der Diskussion über die Mittelmeerunion im vergangenen Jahr ist dies nur gut für die Ostseeregion. (C)

Es liegt aber auch im deutschen Interesse, wenn die Ostseeregion ihre Wachstumschancen nutzt. Dabei steht die Ostseeregion vor gewaltigen Herausforderungen: War die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg über 40 Jahre lang ein geteiltes Meer, so ist sie nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Meer vielfältiger Verbindungen geworden. Sie ist fast ein EU-Binnenmeer. Mit Russland, dem einzigen Ostseeanrainer, der noch nicht Mitglied der Europäischen Union ist, kommt der Zusammenarbeit mit Drittstaaten eine neue Bedeutung zu. Dies gilt genauso für Weißrussland und die Ukraine, die die Ostsee durch die Schadstoffeinträge über ihre Flüsse ebenfalls belasten.

In mancher Hinsicht ist die Ostseeregion ein Meer der Unterschiede geblieben, zum Beispiel zwischen einigen der reichsten und einigen der deutlich ärmeren EU-Mitgliedsländer rund um die Ostsee.

Ökologisch betrachtet, ist die Ostsee eines der am stärksten belasteten Meere. Alle Jahre wieder erleben wir im Sommer die Schlagzeilen über Algenblüte und belastenden Nährstoffreichtum.

Der Wirtschaftsaufschwung in der Ostseeregion hat zu steigendem Schiffsverkehrsaufkommen geführt. Dies hat Wohlstand geschaffen, stellt den Schiffsverkehr unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit auf See aber vor neue Herausforderungen. Mehr Schiffsverkehr bedeutet – auch wenn das Schiff bezogen auf die transportierte Ladung das ökologischste Verkehrsmittel ist – auch mehr Emissionen. Dabei wissen wir um die Belastungen, die gerade vom Bunkeröl des Schiffsverkehrs ausgehen. (D)

Bei diesen und einer ganzen Reihe anderer Herausforderungen sind wir in der Ostseeregion in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Die Bundesregierung hat gute Arbeit geleistet, um unsere Forderungen, die der Deutsche Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen vor zwei Jahren beschlossen hatte, umzusetzen. In unserem Antrag nennen wir allein 16 Bereiche, in denen wir deutliche Fortschritte erzielt haben, zum Beispiel beim Umweltschutz für die Ostsee mit dem HELCOM-Ostseeaktionsplan, bei der Einführung von Verkehrstrennungsgebieten zur Verbesserung der Sicherheit auf See, bei den Beschlüssen der IMO zur Reduzierung von Schadstoffemissionen im Rahmen der Revision der Anlage 6 des MARPOL-Übereinkommens, bei der Ausweisung von SECA-Gebieten, bei Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Fischbestände, Visumserleichterungen der EU für Russland oder der Einrichtung eines Regionalbüros der Europäischen Investitionsbank für den Ostseeraum in Helsinki.

Deutschland hat bei allen diesen Entwicklungen in der Ostseekooperation eine starke Rolle wahrgenommen, und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Warum bedarf es nun dennoch einer neuen EU-Ostseestrategie? Was soll anders werden, was ist neu? Die EU-Ostseestrategie stellt vier Ziele in den Mittelpunkt:

(B)

Anlage 17

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung:

- **Antrag: Ostseestrategie voranbringen und unterstützen**
- **Unterrichtung: 17. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden**

(Tagesordnungspunkt 41 a und b)

Ingbert Liebing (CDU/CSU): Es ist jetzt gerade zwei Jahre her, dass wir zum letzten Mal hier im Plenum des Deutschen Bundestages eine Debatte über die Zukunft der Ostseeregion geführt haben. Heute debattieren wir das Thema im Vorfeld der Tagung des Ostseerates, die in der kommenden Woche in Dänemark stattfindet, und der Ostseeparlamentarierkonferenz im August. Beide Konferenzen haben dabei ein Thema im Fokus: die Erstellung einer Ostseestrategie im Rahmen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten

(A) Erstens die Verbesserung der Umweltstandards, denn nur ein sicheres und sauberes Meer wird Europa auch künftig mit Energie und anderen natürlichen Ressourcen wie Fisch versorgen und den Tourismus weiterhin ermöglichen.

Zweitens die Steigerung von Wohlstand im Ostseeraum.

Drittens die Steigerung der Attraktivität der Region für ihre Bewohner, ihre Arbeitskräfte und den Tourismus, zum Beispiel durch den Ausbau von Verkehrsverbindungen, der Stromnetze und der Infrastruktur insgesamt.

Viertens die Verbesserung der Sicherheit auf See, des Katastrophenschutzes und der inneren Sicherheit durch verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten.

In diesen Bereichen soll die Ostseestrategie die Plattform für eine besser koordinierte und auf Schwerpunkte konzentrierte gemeinsame Politik für die und in der Ostseeregion sein.

Folgende Erwartungshaltungen, die in den Koalitionsantrag, den wir heute beschließen wollen, eingeflossen sind, möchte ich für die Unionsfraktion ausdrücklich hervorheben. Wir erwarten, dass nicht neue Kooperationsstrukturen, neue Doppelstrukturen aufgebaut werden. Die Ostseeregion verfügt schon heute über eine gewaltige Vielfalt von Initiativen, Kooperationen und Netzwerken politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder wissenschaftlicher Natur. Um nur einige zu nennen: Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz, Baltic Development Forum, Helsinki-Kommission (HELCOM), Kooperation der Subregionen der Ostsee, Kooperation der Städte (UBC), Kooperation der Metropolen (BaltMer), Netzwerk Baltic 21, Kooperation der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Sozialpartner gemeinsam, und diese Liste ist sicherlich noch nicht vollständig.

(B) Diese vorhandenen Kooperationsstrukturen wollen wir nutzen, nicht ersetzen. Aber wir halten es für notwendig, diese Kooperationen im Rahmen der EU-Ostseestrategie stärker zu bündeln.

Ich nenne eine weitere Erwartungshaltung: Wir brauchen keinen neuen Warenhauskatalog aller möglichen Wünsche, sondern es gilt, Schwerpunkte zu setzen. Schwerpunkte und Prioritäten. Wir brauchen nicht immer neue Ziele, sondern die EU-Ostseestrategie muss sich darum bemühen, Strategien zu setzen, um die vereinbarten Ziele in die Praxis umzusetzen. Schließlich haben wir gerade in der Ostseeregion kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Es gibt genügend Beschlüsse, um bedrohte Fischbestände zu schützen. Dennoch ist die illegale Fischerei weiterhin ein Kernproblem.

Mit dem HELCOM-Ostseeaktionsplan liegen wichtige Zielsetzungen zur Verbesserung des Meeresumweltschutzes für die Ostsee vor. Jetzt muss gehandelt werden. Dafür haben wir mit unserem Antrag eine Reihe sehr konkreter Vorschläge aufgelistet, von denen ich wiederum nur einige wenige herausgreifen möchte, die mir besonders am Herzen liegen.

(C) Wir wollen, dass dem Thema Sicherheit auf See eine hohe Priorität eingeräumt wird und konkrete Maßnahmen vereinbart werden, zum Beispiel die Verstärkung der Lotsenannahme in engen und schwierigen Fahrgebieten internationaler Gewässer, zum Beispiel der Kadetrinne.

Wir wollen, dass die mit der vorbildhaften Ausweisung der Ostsee als Schiffsemissionsüberwachungsgebiet (SECA) verbundene Gefahr von Wettbewerbsnachteilen für die Ostsee dadurch gebannt wird, dass auch andere EU-Meere wie die Irische See, das Schwarze Meer oder das Mittelmeer als entsprechende SECAs ausgewiesen werden.

Wir wollen die umweltfreundliche Energieversorgung von Schiffen in Häfen unterstützen. Landstromversorgung ist dabei ein ganz wichtiges Thema, bei dem die Hansestadt Lübeck vorbildhaft vorangegangen ist; sie hat bereits einen ersten Anschluss in ihrem Hafen installiert. Aber wir brauchen endlich die Genehmigung der EU-Kommission für die Befreiung des Landstroms von der Stromsteuer, denn heute ist der umweltschädlichste Schiffsbetriebsstoff, das Bunkeröl, steuerbefreit, während ökologisch viel sinnvollere Möglichkeiten wie Landstrom oder die Option von Gasversorgung für Schiffe hoch besteuert werden. Wir wollen, dass die Empfehlungen der jüngsten Maritimen Konferenz in Rostock in dieser Hinsicht in die Ostseestrategie eingebunden werden.

(D) Wir wollen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums durch bessere Verkehrsverbindungen für alle Verkehrsträger gefördert wird. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen, um den wachsenden Seeverkehr ins Binnenland umschlagen zu können. Gerade hier müssen wir jetzt Vorsorge treffen, auch in einer Krisenzeit, in der das Schiffsverkehrsaufkommen deutlich gesunken ist; denn wir setzen auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise, auf neue Chancen in einem neuen Wirtschaftsaufschwung, der auch wieder wachsenden Seeverkehr in der Ostsee mit sich bringen wird.

Wir wollen, dass die EU-Ostseestrategie einen Beitrag zur vollen Umsetzung des EU-Binnenmarktes leistet, und wir wollen auch, dass dabei die Drittstaaten in der Region so weit wie möglich einbezogen werden.

Wir wollen auch, dass der Tourismus als Handlungsfeld in die Ostseestrategie aufgenommen wird; denn rund um die Ostsee gibt es auch heute noch vielfältige touristisch interessante Zeugnisse gemeinsamer Geschichte, zum Beispiel die Route der Backsteingotik.

Wir wollen auch mit dem Jugendaustausch in der Ostseeregion endlich weiter vorankommen. Seit zwei Jahren prüft die Bundesregierung eine finanzielle Unterstützung der Ostseejugendstiftung in Kiel. Wir wollen, dass diese Prüfung nunmehr positiv zum Abschluss gebracht wird.

Wir wollen auch das Projekt eines Ostseegeschichtsbuches aufgreifen, wie es unter Federführung der Academia Baltica in Lübeck entwickelt wurde – ein hochintere-

- (A) ressanter Beitrag zur Identitätsbildung der Region im Rahmen der Pilotprojekte der EU-Ostseestrategie.

Alle diese Themen sollen und können in die EU-Ostsee-strategie, die bis zum Jahresende abgeschlossen werden soll, einbezogen werden. Dabei setzen wir auch auf die Beteiligung der Bundesländer, die sich schon heute mit hohem Engagement in der Ostseeregion einbringen.

Die Ostsee ist eine Region gewaltiger Herausforderungen, aber auch gewaltiger Chancen. Die Perspektive der Ostsee-strategie rückt die Chancen in den Fokus der europäischen Politik. Das ist gut. Die Union begrüßt diese Entwicklung. Wir unterstützen sie aktiv, auch mit unserer heutigen parlamentarischen Initiative. Nutzen wir die Chancen der Ostseeregion, auch im deutschen Interesse!

Kurt Bodewig (SPD): In der vergangenen Woche, am 19. Mai, haben wir hier in Berlin im Rahmen einer Podiumsdiskussion den Europäischen Tag der Meere in der Landesvertretung Hamburg gewürdigt. Der estnische Botschafter S. E. Herr William Mart Laanemäe wies darauf hin, dass man in Estland die Ostsee eher als „Westsee“ bezeichnet. Eine gute Gelegenheit in der Ostseepolitik auch einmal die Sicht der anderen Anrainer wahrzunehmen. Heute geht es uns aber um die gemeinsame Sicht auf die Baltic Sea.

- (B) Ich bin ehrenamtlicher Chairman des internationalen Baltic Sea Forum, BSF, das Mitglieder und Vorstände aus allen Ostseeanrainern in seinen Reihen hat. Ich kann Ihnen versichern, dass wir mit Genugtuung die Bemühungen der EU sehen, den Ostseeraum weiter zu entwickeln und dabei vor allem folgende Ziele umzusetzen: optimale Nachhaltigkeit bei der wirtschaftlichen Nutzung der Meeresressourcen, Aufbau einer Wissens- und Innovationsgrundlage, verbesserte Lebensqualität in den Küstenregionen, Ausbau der Position Europas im internationalen maritimen Bereich und größere Aufmerksamkeit für ein maritimes Europa in der Öffentlichkeit.

Die Ostseeregion gilt in diesem Zusammenhang als eine weit vorangeschrittene Region. Mit ihren wirtschaftlichen Potenzialen und politischen Ansätzen gilt sie als Modellregion für andere Meeresregionen in und außerhalb der EU. Die Entwicklung des Ostseeraumes seit 1989 ist eine Erfolgsgeschichte europäischer Integration, die unter Umständen exportfähig ist. Von damals sieben Anrainerstaaten waren lediglich Dänemark und Westdeutschland Mitglieder der Union. Zwei Jahrzehnte später hat sich die geopolitische Situation grundlegend gewandelt – acht von neun Ostseeländern sind heute EU-Mitglieder. Die Ostsee ist fast ein Binnenmeer der EU geworden.

Die Mission der Ostseekooperation ist mit dem Ende der aktiven Begleitung der östlichen Anrainerstaaten im doppelten Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft erfüllt. Mit der Ostsee-strategie bekommt die regionale Zusammenarbeit nun eine neue Vision, deren Ziel es ist, die dringlichsten Probleme der Ostseeregion zu lösen.

- (C) Es ist das erste Mal in ihrer Geschichte, dass die Europäische Union eine Strategie auf makroregionaler Ebene anstrebt. Schwerpunkte sind Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur und – zivile – Sicherheit. Konkret bedeutet das: Bei der Umwelt ist ein wichtiger Schwerpunkt der Erhalt des Ökosystems und der Biodiversität. Im Bereich der Wirtschaft ist ein Kernpunkt die Förderung der Innovationsfähigkeit und der Wirtschaft. Bei der Infrastruktur ist die Überwindung der Energieisolation der baltischen Staaten und die Schaffung eines gemeinsamen Energienetzes ein Kerngedanke. Bei der Sicherheit geht es zum Beispiel um die Schiffssicherheit und Verkehrsüberwachung sowie um die Schaffung ausreichender Krisenreaktionskapazitäten. Der Umsetzungszeitraum ist auf das Jahr 2020 angelegt. Im Gegensatz zu den 90er-Jahren setzt man im Augenblick nicht auf den Aufbau neuer Organisationen, sondern auf die Nutzung und Koordination der vorhandenen institutionellen Strukturen.

- (D) Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt. Deshalb ist er auch gleich die erste Forderung des vorliegenden Antrages. Es gibt bereits eine Fülle transnationaler Netzwerke, Organisationen und Institutionen, die selbst für Experten nicht leicht zu überschauen ist. Ohne Frage macht diese Vielfalt auch eine Stärke der Region aus und bringt ihr letzten Endes ihre Reputation als Modell und Vorbild transnationaler Kooperation ein. Mit der EU-Ostsee-strategie kehren Ziel und Mission in die regionale Zusammenarbeit zurück. Die existierenden Institutionen der Ostseezusammenarbeit werden nicht infrage gestellt. Dennoch bietet sich jetzt eine Gelegenheit, das Profil verschiedener Institutionen zu schärfen, Ziele und Aufgaben klarer zu definieren und eventuell bestimmte Aktivitäten einzustellen. Als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz stehe ich zu deren Position, dass nicht alle alles machen müssen. Vernünftige und abgestimmte Kooperationen sind das Gebot der Stunde.

Zu den dringlichsten Problemen der Ostseeregion gehören auch die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur. Sie alle stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Dass die Ostsee zu einem der am meisten belasteten Gewässer der Welt gehört, weil hier bis zu 2 000 Schiffe zur gleichen Zeit unterwegs sind, ungeklärte Einleitungen in die Ostsee stattfinden und gleichzeitig der Ostseetourismus einer der zukunftsträchtigsten Wirtschaftszweige ist, zeigt einen dieser Widersprüche auf. Es ist also wichtig, dass im Rahmen der EU-Ostsee-strategie regionalpolitisch stärker kooperiert wird, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, die Energieversorgung zu diversifizieren, die Energieversorgungssicherheit zu stärken und die Importabhängigkeit zu verringern.

Gerade in der letzten Woche waren die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ der Ostseeparlamentarierkonferenz unsere Gäste hier in Berlin. Wir haben über unseren Beitrag für die 18. Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz beraten und der Entwicklung einer gemeinsamen Energieeffizienzstrategie im Ostseeraum oberste Priorität eingeräumt. Auch in dem Bewusstsein, dass die Ostseeregion allgemein als Vorläufer gilt, wenn es darum geht, neue Wege zu gehen, wird sich unsere Arbeitsgruppe dafür starkmachen, dass

(A) die Ostseeregion verstärkt Offshore-Windparks baut, dass die Länder des Ostseeraumes noch besser durch Leitungen und Netze miteinander verbunden werden, die auch in der Lage sind, den „Windstrom“ sicher und ohne Energieverluste in die Netze der Ostseeanrainerstaaten einzuspeisen. Der Arbeitsgruppe ist es wichtig, dass Energieversorgungssicherheit, die Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz in unmittelbarem Zusammenhang gesehen werden.

Auch auf gemeinsame Strategien zur Anpassung an den Klimawandel muss ein besonderer Fokus gerichtet werden. Die umweltfreundliche Energieversorgung von Schiffen in Häfen, die Unterstützung des Projekts „Clean Baltic Shipping“ und die Umsetzung des Ostseeaktionsplanes der Helsinki-Kommission sind hier sehr wichtig.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Ostseeregion erfolgreich. Dennoch zielt die EU-Ostseestrategie darauf ab, die Ostseeregion zu einem „prosperous place“ zu machen. Ohne Frage hängt der wirtschaftliche Erfolg der Region mit ihren Verkehrswegen, Verkehrsanbindungen und Hafenhinterlandanbindungen zusammen. Es muss ein Ziel sein, dem wachsenden Seeverkehr ins Binnenland Herr zu werden und das Konzept der „Meeresautobahnen“ umzusetzen.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise sollte als eine Chance gesehen werden, das Wachstum in der Region zu fördern. Der Kampf gegen den von uns Menschen verursachten Klimawandel durch die Nutzung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz kann, zusammen mit einem flexibleren Energiemarkt, zum Schlüssel eines erfolgreichen Managements der Krise werden. Werden Konjunkturpakete, Investitionspläne, Fördermittel und internationale finanzielle Ressourcen in die Produktion erneuerbarer Energie, in Energieeffizienz und Netzverbindungen geleitet, ist dieser Gedanke durchaus realistisch.

Damit die Ostseeregion auch weiterhin ihren Modellcharakter behalten kann, werden wir die EU-Ostseestrategie unterstützen.

Franz Thönnies (SPD): Drei wichtige Ereignisse für den Ostseeraum stehen in zeitnaher Verbindung zu unserer Debatte. In der kommenden Woche tagt vom 3. bis 4. Juni 2009 in Helsingör in Dänemark der Ostseerat. Am 1. Juli 2009 beginnt die schwedische EU-Ratspräsidentschaft. Während ihrer Amtszeit wird eine Beschlussfassung zu einer EU-Strategie für den Ostseeraum auf der Tagesordnung stehen. Nach der Entwicklung einer Politik der nordischen Dimension ist es gut, dass nun in der erweiterten EU der Blick stärker konzentriert auf die Ostseeregion gerichtet wird. Im Europa der 27 ist das für uns in Deutschland die Chance, dies für uns und die Interessen der Region auch gemeinsam zu nutzen. Eine gute Schwerpunktsetzung. Und schließlich folgt Ende August 2009 in Nyborg in Dänemark die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz. Wiederum wird der Deutsche Bundestag mit einer fünfköpfigen Delegation vertreten sein.

(C) Dies alles ist Grund genug, dass sich das wichtige Thema der Ostseepolitik und der Ostseestrategie wieder im Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung befindet. Wir wollen mit dem zur Debatte stehenden Antrag Markierungen durch das Parlament setzen; Markierungen für die Bundesregierung, wenn sie im Ostseerat und in Brüssel die Interessen Deutschlands einbringt, Markierungen für die Deutsche Delegation zur Ostseeparlamentarierkonferenz und Markierungen für Europa.

Ostsee sagen die einen. Westsee sagt man dort, wo das Meer eher geografisch westlich liegt wie in Estland. Baltic Sea ist der gemeinsame englische Begriff, der uns alle verbindet. Und in der Tat, die Ostsee verbindet. Aus dem Meer der Trennung wurde ein Meer der Brücken, der Verbindungen, ein Meer der guten Nachbarschaft. Eine Erfolgsgeschichte der europäischen Integration. Die Ostsee ist das „Europäische Binnenmeer“ geworden.

Knapp 95 Prozent der Küstenlinie gehören heute zu Mitgliedsländern der Europäischen Union. Vor 20 Jahren waren es gerade mal 5 Prozent dänischer und schleswig-holsteinischer Meeresküste. Die 20 Jahre haben uns allen gezeigt: Wir leben in einer der lebenswertesten Regionen Europas. Wir leben hier mit circa 70 Millionen Menschen auf einem relativ hohen Wohlstandsniveau, ohne die Unterschiede zwischen den einzelnen Ostseeanrainern zu verschweigen. Unsere Forschungs- und Wissenschaftspotenziale sind hervorragend und unsere Wachstumspotenziale enorm. Die Chancen, uns zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen in der Welt zu entwickeln, sind da. Wir müssen sie nur nutzen. Die Ostseestrategie kann dabei helfen.

(D) Chancen und Risiken liegen wie immer jedoch eng beieinander. Gerade die Ostsee selbst, das Meer, das uns verbindet, gehört zu den schmutzigsten Gewässern der Welt. Hinzu kommt ebenso eine der stärksten Konzentrationen des Schiffsverkehrs mit den entsprechenden Gefahrenpotenzialen. Aufgabe genug, sich hiermit auseinanderzusetzen. Das tun wir mit unserem Antrag. Chancen und Perspektiven, auf den Weg Gebrachtes, Erwartungen und Forderungen werden dargelegt.

Dabei ist der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen geprägt vom Geist der Kooperation in der Ostseeregion. Ein guter roter Faden. Denn allen ist klar: Ohne intensive Zusammenarbeit können wir die Herausforderungen nicht im Sinne der Menschen, der Umwelt und der Natur beantworten.

Dies gilt ganz besonders für die Zusammenarbeit mit Russland, mit dem uns als Europäische Union in Europa als einzige Region eine 1 000 Kilometer lange Grenze verbindet. Gerade deshalb plädieren wir ausdrücklich dafür, die Strategien zur Ostseepolitik immer so zu entwickeln, dass Kooperationen mit anderen möglich sind. Die Einbeziehung Russlands, seine Beteiligung ist dabei für uns eine wichtige Priorität und auch Erwartung an Russland selbst. Es geht um eine gemeinsame gute Zukunft.

Ohne andere Themen wie den Umweltschutz, die maritime Politik, Energie oder Verkehr zu vernachlässigen, konzentriere ich mich nicht zuletzt wegen der Debatten-

(A) zeit auf die folgenden Punkte: Die Ostsee verbindet. Sie verbindet die Länder, die Regionen, die Menschen, die Wirtschaft, die Arbeitsmärkte. Die vielen Netzwerke, Institutionen und Organisationen beweisen dies. Und der Export Deutschlands in die Ostseeregion ist inzwischen fast so hoch wie der Export in die USA und Japan zusammen.

Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte entstehen mehr und mehr, insbesondere durch die Entwicklung der EU. Die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit ermöglichen es uns, die wirtschaftlichen Potenziale der Regionen mehr und mehr zum Wohle der Menschen auszubauen. Anschauliche Beispiele sind die Regionen am Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö, zwischen Helsinki und Tallinn, bald auch zwischen dem dänischen Seeland und Schleswig-Holstein mit der geplanten Fehmarnbelt-Querung. Mehr und mehr führen Arbeitsangebote, Arbeitskräftebedarfe und die wachsenden Mobilitätspotenziale zu vitalen, grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten, die die Wirtschaftskraft der Region stärken, den Wohlstand mehren, Einkommen sichern und Kulturen zusammenbringen.

(B) Wir wollen, dass bei der vollen Umsetzung des EU-Binnenmarktes die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unter die Räder kommen. Wir wollen Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich angesichts der Zunahme grenzüberschreitender Arbeitsmärkte und damit steigender Zahlen von Grenzpendlern in der EU und im Ostseerat dafür einzusetzen, dass an stark frequentierten Grenzübergängen die bestehenden Informationszentren gesichert bzw. neue eingerichtet werden. Hier sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, sich umfassend über die sozial-, arbeits- und steuerrechtlichen Fragestellungen der Arbeitsaufnahme im Nachbarland zu informieren. Sozial gesicherte Arbeit zu fairen Bedingungen fördert die Mobilität und stärkt die Wachstumsentwicklung in Wirtschaftsregionen beiderseits von Grenzen.

Einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Dimension in der Ostseeregion stellt der soziale Dialog dar. Das von der EU geförderte und von Gewerkschaften sowie Arbeitgebern gleichermaßen getragene Baltic Sea Labour Network, BSLN, ist hierfür ein gutes Beispiel. Den sozialen Dialog weiterhin zu fördern und zu unterstützen, ist gerade angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wichtig. Gute Beziehungen der Sozialpartner können wesentliche Beiträge zur Bewältigung schwieriger Situationen schaffen.

Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, gilt es, die ausgezeichneten Potenziale der Forschungseinrichtungen rund um die Ostsee noch stärker zu vernetzen. Deshalb lautet auch eine der Forderungen im Rahmen der EU-Ostseestrategie, die Region zu einem der führenden europäischen Forschungsstandorte auszubauen.

Auch beim nächsten Thema geht es um Arbeit, aber ebenso um Erholung und Natur. Die Koalitionsfraktionen erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich dafür einsetzt, dass der Tourismus, der für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostseeregion eine zunehmende Bedeutung erfährt, als Handlungsfeld in die Ostseestrategie

(C) aufgenommen wird, indem Themen gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Geschichte zur Profilierung genutzt werden.

Historie und Zukunft liegen eng beieinander. Kraft für die Umsetzung guter Perspektiven gewinnt man häufig aus den Erfahrungen der gemeinsamen Vergangenheit. Ebenso gilt es, Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft zu ziehen. Aus diesem Grund begrüßen wir das Projekt eines Ostseegeschichtsbuches, wie es unter Federführung der Academia Baltica, Lübeck, entwickelt wurde. Auch hier erwarten wir, dass dies als Beitrag zur Identitätsbildung der Region im Rahmen der Pilotprojekte der EU-Ostseestrategie unterstützt wird. Wir brauchen derartige gemeinsame Projekte, die uns mit den unterschiedlichen Erfahrungen der Geschichte die vor uns liegende Zukunft gemeinsam meistern lassen.

(D) Identität entsteht auch durch gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse. Ein wesentliches Element hierbei ist der Jugendaustausch. Die Ostsee-Jugendstiftung in Kiel ist dafür ein gutes Instrument. Die Jugend ist für die Entwicklung einer jeden Gesellschaft die zentrale Basis. Und so benötigen die entstandenen Verbindungen auch künftig gute Pfeiler, die sie tragen. Deshalb ist der lebendige Austausch unter jungen Menschen in der Ostseeregion so wichtig. Und deshalb erwarten wir auch jetzt, dass die vom Deutschen Bundestag geforderte Prüfung einer finanziellen Unterstützung der Ostsee-Jugendstiftung nunmehr positiv zum Abschluss gebracht wird. Damit unterstreichen wir unsere Erwartung, dass sich die Bundesregierung auch an dieser Stiftung finanziell beteiligt. Sie bringt die Jugendlichen rund um die Ostsee nicht nur bilateral, sondern eben auch multilateral zusammen. Diese jungen Menschen sind die künftigen Garanten der Stabilität der Demokratie, der Weltoffenheit, der Toleranz und der Kreativität rund um die Ostsee.

Diese Beispiele zeigen alleine schon neben den anderen wichtigen Punkten des Antrages, dass eine Vielzahl von Themen gute Grundlagen für eine neue Phase der koordinierten Zusammenarbeit im Ostseeraum sind und damit im Rahmen der Ostseestrategie erheblich mit dazu beitragen können, ihn zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln.

Markus Löning (FDP): Die FDP im Deutschen Bundestag begrüßt ausdrücklich, dass sich die Regierungsfractionen auf einen gemeinsamen Text zu diesem ausgesprochen wichtigen Thema einigen konnten. Wenn man sich das Gezerre um Opel dieser Tage ansieht, ist das bei dieser Regierung wahrlich keine Selbstverständlichkeit mehr.

Dem Antragstext wird die FDP zustimmen, nicht weil wir das übertriebene Lob der Regierung teilen würden – im Gegenteil –, sondern weil wir meinen, dass vieles von dem, was in dem Antrag steht, endlich umgesetzt werden muss. Im Gegensatz zur Bundesregierung haben wir schon lange die großen Chancen des Ostseeraumes nach der Osterweiterung der EU erkannt und bereits im Mai 2007 die Bundesregierung in einem ausführlichen Antrag zum Handeln aufgefordert.

(A) Die große Chance für die gemeinsamen Ziele wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraums, die Verbesserung von Infrastruktur und Umweltschutz für dieses Gebiet ist doch, dass seit 2004 alle Ostseeanrainer außer Russland Mitglieder der Europäischen Union sind. Diese gemeinsame Verbindung, die enge Verzahnung der Länder in gemeinsamen europäischen Gremien, parlamentarischen Ausschüssen oder in zivilgesellschaftlichen Netzwerken sind die große Chance, etwas gemeinsam zu erreichen. Die europäische Verknüpfung stellt aber auch hohe Ansprüche an die Akteure, denn die Bürgerinnen und Bürger wollen Ergebnisse dieser europäischen Einigung sehen. An Projekten, die das tägliche Leben der Menschen verbessern, kann Europa zeigen, dass es imstande ist, einen echten Mehrwert zu erbringen. Meiner Auffassung nach ist Europa mit der Ostseestrategie an diesem Punkt auf einem guten Weg. Die schwedische Präsidentschaft hat angekündigt, den Prozess weiter aktiv zu unterstützen. Und ich bin mir sicher, dass unsere schwedischen Partner das auch sehr energisch tun werden.

Als Europapolitiker liegen mir aber neben der sehr praktischen Tagesarbeit bei Wirtschaft, Umwelt und Infrastruktur auch zwei andere Themen sehr am Herzen. Zum einen möchte ich, dass der Jugendaustausch endlich vernünftig unterstützt wird. Wer weiß, was das Deutsch-Französische Jugendwerk nach dem Krieg für die Völkerverständigung erreicht hat, wird verstehen, warum mir das ein besonderes Anliegen ist. Die Ostseeanrainer verbinden wie keine andere Region in Europa die unterschiedlichen Erweiterungsschritte der Union.

(B) Hier trifft das Gründungsmitglied Deutschland, mit erster – Dänemark 1973 –, vierter – Finnland, Schweden 1995 – und fünfter Erweiterungsrunde – Litauen, Lettland, Estland, Polen 2004 – zusammen. Damit verbunden sind auch große soziale und gesellschaftliche Unterschiede. Vor allem unsere östlichen Partner werden noch etliche Jahre mit dem Erbe von kommunistischer Diktatur und Misswirtschaft zu kämpfen haben. Gleichzeitig stehen wir aber am Anfang einer gemeinsamen Zukunft. Umso größer ist das Bedürfnis nach gegenseitigem Kennenlernen, umso wichtiger ist es, gerade den Jugendaustausch zwischen unseren Ländern zu intensivieren und zu fördern.

Von langfristig mindestens genau so großer Bedeutung ist das gemeinsame Ostseegeschichtsbuch. Gerade die deutsch-polnischen Debatten der letzten Jahre zeigen, wie groß der Bedarf hier ist. Die Ostseeanrainer haben eine enge Verbindung durch Hunderte von Jahren gemeinsamer Geschichte. Unser jeweiliger Blick auf diese Geschichte ist aber sehr unterschiedlich. Die Entstehung eines gemeinsamen Ostseegeschichtsbuches bietet eine hervorragende Plattform, um hierüber den Dialog zu beginnen.

Leider ist im gesamten Antrag keine Rede von der Ostsee-Pipeline. Wohl kein Projekt der letzten Jahre hat so viel Unfrieden gestiftet wie dieses. Und leider hat die derzeitige Bundesregierung ihre Chance bisher nicht genutzt, die außenpolitischen Scherben, die Schröder und Fischer hinterlassen haben, zu kitten. Es wäre höchste Zeit.

Lutz Heilmann (DIE LINKE): Schwach angefangen und stark nachgelassen, so könnte der alternative Titel des uns vorliegenden Antrages von CDU/CSU und SPD lauten. Im ersten Teil stehen durchaus auch Dinge, die ich als Linker gut und gerne unterschreiben könnte. Aber da geht es auch um Fakten, die selbst Sie als Regierungskoalition nicht wegdiskutieren können. Es ist nun einmal Fakt, dass die Ostsee eines der am stärksten beanspruchten Gewässer ist. Es ist leider auch Fakt, dass die Ostsee eines der dreckigsten Gewässer ist, und es stimmt auch, dass der Klimawandel sich bei der Ostsee besonders deutlich zeigt, und zwar nicht nur anhand des steigenden Wasserspiegels.

Ganz anders sieht es dann zum überwiegenden Teil im zweiten Teil aus. Dort ergeht sich die Koalition in Lobeshymnen für die Bundesregierung. Sie begrüßen dies, und Sie begrüßen das. Aber reicht diese Prosa aus? Beleuchten wir doch einfach einmal die ganz konkrete Politik der Bundesregierung in Sachen Ostsee. Ich möchte das anhand dreier konkreter Punkte darlegen:

Erstens. Eines der großen Probleme der Ostsee ist die Altmunition nicht nur vor der deutschen Küste.

Zweitens. Die feste Fehmarnbelt-Querung wird in Deutschland heftigst debattiert und verliert offenbar auch in Dänemark immer mehr an Unterstützung.

Drittens. Die Belastung der Ostsee durch Schiffsemissionen.

Zum ersten Punkt: Die Hinterlassenschaften in der Ostsee aus zwei Weltkriegen und aus dem Kalten Krieg holen uns in regelmäßigen Abständen wieder ein; immer wenn es zu spontanen Explosionen kommt und dabei schlimmstenfalls Menschen getötet werden. Aber es fehlt Ihnen doch wirklich der Wille hier endlich zu handeln. Sonst hätten Sie schon lange den Wirrwarr an Zuständigkeiten beendet und sich zur Verantwortung des Bundes für diese Hinterlassenschaften des Deutschen Reiches, aber auch der DDR und der BRD bekannt und die Zuständigkeit übernommen. Wir brauchen ein Bundesprogramm, welches natürlich mit den Ostseeanrainern koordiniert werden muss, um die Altmunition schnellstmöglich aus der Ostsee herauszuholen. Die eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe kann dafür wichtige Impulse geben. Sie darf aber nicht damit enden, dass zwar drüber geredet wurde, aber am Ende nichts Konkretes als Ergebnis feststeht.

Zum zweiten Punkt: Leistet eine feste Fehmarnbelt-Querung einen Beitrag zur Erreichung der Ziele, die die EU-Kommission für eine Ostseestrategie aufgeschrieben hat? Wohl kaum. Tausende Arbeitsplätze in den Bereichen Tourismus und Schifffahrt – sprich: Fahren – sind gefährdet. Oder meinen Sie ernsthaft, dass Menschen freiwillig an einer Brückenanfahrtsrampe mit entsprechender Lärmbelastigung Urlaub machen werden? Die jetzt schon erhebliche Armut – circa 17 Prozent – in der Region Ostholstein würde erheblich vergrößert und die Umwelt nicht hinnehmbar dadurch gefährdet, dass zum Beispiel die letzten Lebensräume des Ostseeschweinswals zerstört, Millionen Zugvögel gefährdet würden und der für die Ostsee als Brackmeer so wichtige Wasseraus-

(A) tausch infrage gestellt würde. Zur Schiffssicherheit: Sie wissen genauso wie ich, dass eine Autobahn, die von drei auf eine Spur verengt wird wesentlich gefährlicher ist als eine mit drei Spuren und eher die Möglichkeit von Unfällen bietet. Oder wie schaut es mit dem Ziel aus, Verkehr von der Straße auf das Meer zu verlagern? Nein, die Brücke würde das Gegenteil bewirken. Diese steht entgegengesetzt zu den Zielen für eine Ostseestrategie. Deshalb meine Aufforderung an die Koalition: Lassen Sie die Finger von der Brücke. Reden Sie mit unseren dänischen Nachbarn und gehen Sie andere, bessere Wege für die länderübergreifende Zusammenarbeit. Lassen Sie uns kulturelle Brücken und nicht Brücken aus Beton bauen.

Zum dritten Punkt, zur Diskussion über das Verringern der Emissionen von Schiffen nicht nur in den Häfen: Richtig ist, dass wir da einen guten Schritt vorangekommen sind, aber gerade hier muss schnell gehandelt werden. Es hilft den Menschen recht wenig, wenn wir ihnen sagen, dass in zehn Jahren alles besser wird. Die landseitige Stromversorgung der Schiffe in den Häfen ist ein schnellerer Weg. Hier könnten Sie etwas mehr Einsatz zeigen. Bei anderen Projekten entfalten Sie auch mehr Einsatz. Eine spürbare Senkung der Emissionen würde die Lebenssituation der Menschen nicht nur in deutschen Ostseehäfen verbessern.

Die Ostsee ist durch das Zusammenwachsen Europas in das Zentrum Europas gerückt. Was früher trennte, verbindet heute. Jetzt haben wir die Chance, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen. Wir haben die

(B) Chance, bei Wahrung sozialer, ökologischer und ökonomischer Interessen, die Ostsee als Lebensraum für heutige und künftige Generationen zu erhalten.

Der uns vorgelegte Antrag wird dem Anspruch nicht gerecht. Deshalb wird meine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die europäischen Meere, allen voran die Ostsee, waren von enormer Bedeutung für den wirtschaftlichen Wohlstand der Länder des europäischen Kontinents und sind dies noch heute. Doch unsere Meere sind mehr: Sie sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Klimaregulierer, Nahrungsquelle und Erholungsgebiete. Als Handels- und Transportwege verbinden sie Menschen über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

Von sieben Anrainerstaaten der Ostsee waren bis zum Mauerfall nur Dänemark und die Bundesrepublik Mitglieder der Europäischen Union. Heute, 20 Jahre später, ist die Ostsee zum Binnenmeer der EU geworden. Acht der neun Ostseeanrainer sind EU-Mitglieder. Um dieser geschichtlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und zugleich das zukünftige Wachstum der Ostseeregion sicherstellen zu können, ist es nun an der Zeit, die Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeregion auf neue Füße zu stellen. Die gemeinsame Strategie für den Ostseeraum ist das passende Instrument hierfür. Mit ihr haben wir die Chance, eine neue Phase der Zusammenarbeit in der Region einzuläuten. Meine Fraktion und ich begrüßen die

Ostseestrategie der EU daher ausdrücklich. Sie war lange überfällig. (C)

Im Dezember 2007 haben die Mitgliedstaaten die EU-Kommission aufgefordert, eine „EU-Strategie für den Ostseeraum“ vorzulegen. Der nun eingeleitete Anhörungsprozess wird aller Voraussicht nach im Juni 2009 in einem Vorschlag der EU-Kommission münden. Die schwedische Regierung hat angekündigt, dass sie die regionale Kooperation im Ostseeraum während ihrer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 weiter voranbringen will. Hiermit eröffnet sich die Chance, den Ostseeraum als Modellregion und Vorbild für weitere regionale Kooperationen, zum Beispiel im Schwarzmeer- und im Kaspischen Raum, zu etablieren.

Eine verstärkte Zusammenarbeit in der Ostseeregion ist von immenser Bedeutung für die gesamte Region. Durch eine exzessive Nutzung unserer Meere laufen wir heute Gefahr, den erst durch sie ermöglichten Standard einer hohen Lebensqualität zu gefährden. Daher müssen wir unsere Anstrengungen zum Erhalt und Schutz unserer Meere dringend intensivieren. Dies gilt in besonderem Maße für die Ostsee. Ihr sensibles Ökosystem ist heute durch wachsende Schiffsverkehre, unsichere Öltanker, Überfischung und Überdüngung, durch Munitionsaltlasten und vieles mehr gefährdet. Intensivieren wir unsere Bemühungen zum Schutz und Erhalt der Ostsee nicht, laufen wir Gefahr, dass das europäische Binnenmeer bald einer Umweltkatastrophe zum Opfer fällt. Hierdurch wäre die Entwicklung des gesamten Ostseeraums gefährdet. Dies zu verhindern muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Ostsee für Deutschland von enormer wirtschaftlicher Bedeutung ist, unser Ziel sein. (D)

Die Chance, dem Schutz und Erhalt der Ostsee eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung der Ostseestrategie einzuräumen, dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen. Hierfür haben wir keine Zeit mehr. Den vor uns liegenden Herausforderungen müssen wir uns durch die Formulierung gemeinsamer Antworten zusammen mit allen Anrainern stellen. Daher begrüßen wir, dass die Ostseestrategie explizit Russland einschließen wird.

Dies heißt jedoch nicht, dass nicht jeder Mitgliedstaat vor seiner eigenen Haustür damit anfangen muss, dem Schutz und Erhalt unserer Meere die Bedeutung zukommen zu lassen, die den Herausforderungen angemessen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition, wenn Sie in Ihrem Antrag richtigerweise auf die Entschließung der im Jahr 2007 in Berlin stattgefundenen Ostseeparlamentarierkonferenz, die Ostsee zum saubersten und sichersten Meer Europas zu machen, verweisen und das Ziel ausgeben, Ökologie und Ökonomie im Gleichgewicht halten zu wollen, dann müssen Sie damit aufhören, lediglich auf die Verantwortung der europäischen und internationalen Ebene für die Ostseeregion zu verweisen. Fangen Sie endlich selbst damit an, ihren Teil zum Erhalt des Ökosystems der Ostsee beizutragen! Verschließen Sie nicht weiter die Augen vor dem drängenden Problem der Munitionsaltlasten in unseren Meeren, und legen Sie endlich Förderprogramme für alterna-

(A) tive Schiffsantriebe und eine emissionsarme Schifffahrt auf! Statten Sie die deutschen Ostseefährhäfen mit Landstromversorgung aus, und tragen Sie hierdurch zu einem besseren Klima in unseren Städten bei! Engagieren Sie sich auf europäischer Ebene für die Durchsetzung von Fangquoten, die den Fischbeständen erlauben, sich zu erholen! Richten Sie neue Meeresschutzgebiete ein, anstatt vor Jahren eingerichtete Schutzgebiete zu bebauen! Schaffen Sie endlich eine nationale Küstenwache! Und tragen Sie nicht auch noch durch einen ökonomisch unsinnigen und ökologisch höchst risikoreichen Bau einer festen Querung über den Fehmarnbelt dazu bei, dass das Ökosystem der Ostsee durch einen zusätzlich reduzierten Wasseraustausch noch stärker belastet wird!

(C)

(B)

(D)